

Karl Mai

West-Ost-Transferleistungen heftig umstritten – Fakten contra Mythen

Übersicht:

0. Aktuelle Fragestellung
 1. Zur Art und Höhe der Transferleistungen nach Ostdeutschland
 2. Zum Effekt der Transferleistungen in Ostdeutschland
 3. Zur Wirkung der Transferleistungen auf Westdeutschland
 4. Speziell zur „Auszehrung West“ durch Ost
 5. Zur Rückführung der West-Ost-Transfers
 6. Fazit
- Anhang
Literaturauswahl

*„Der vielbeschworene Aufbau Ost hatte dazu geführt, dass die neuen Länder zu den allerschwächsten Gebieten Europas zählen.“
(Uwe Müller, „Supergau Deutsche Einheit“, S. 218)*

0. Aktuelle Fragestellung

„Was haben die staatlichen Transfers West-Ost gekostet und was haben sie eingebracht?“ Um diese Frage kreist die öffentliche Debatte in unverminderter Heftigkeit in Deutschland. Das Jahr 2004 brachte eine Welle von kritischen Stimmen aus Wirtschaftsforschung, Medien und Politik zur Frage der staatlichen Transfers West-Ost.

Einerseits wurde ein Zusammenhang zwischen der enormen Höhe der Transfers und den niedrigen Wachstumspotentialen in Westdeutschland suggeriert und mit dazu geeigneten Angaben sowie Aussagen operiert. Das Ziel bestand für diese Meinungsexponenten darin, einen neuerlich propagierten Ursachenverdacht zu erhärten, wonach die Transfers letztlich direkt zu einer *chronischen* Wachstumsschwächung der westdeutschen Wirtschaft führen und daher dringend reduziert werden sollten. *Andrerseits* wurde die „Nutzlosigkeit“ der hohen Transfers angesichts der erreichten Ergebnisse hervorgehoben und eine deutliche Reduzierung der West-Ost-Finanzierungsströme eingefordert.

Hierfür folgende typischen Beispiele:

Wolfgang Herles schreibt in seinem Buch „Wir sind kein Volk“ offenen Klartext. Es heißt dort: „... denn der desolate Osten reißt den Westen mit in den Abgrund. Die gesündeste Volkswirtschaft der Welt könnte es sich nicht leisten, Jahr für Jahr vier Prozent ihrer gesamten Wirtschaftskraft in ein Fass ohne Boden zu schütten.“¹

Im „**Handelsblatt**“, der tonangebenden deutschen Wirtschaftszeitung, hat Chefredakteur *Bernd Ziesemer* am 30.6. 2004 seine Sicht auf Ostdeutschland verkündet:

„Ganz Ostdeutschland ist inzwischen wie ein Unternehmen mit gewaltigen Überkapazitäten: Wohnungen, die niemand braucht, Straßen, die keiner befährt, Flughäfen, die vergeblich auf Passagiere warten. Angebote ohne Nachfrage, wohin man schaut. Viele Städte schrumpfen bereits,

doch die Politiker aller Parteien schüren den Kinderglauben, dass sich die Geschäfte schon noch füllen und die Industrieparks irgendwie rentieren werden. Diese Illusionen behindern eine realistische Wirtschaftsagenda im Osten.“ Und er befürwortet die diskutierte Einschränkung der bisherigen Ost-Förderung mit folgender Empfehlung: **„Regionen ohne wirtschaftliche Perspektive müsste der Staat dagegen seine Hilfe entziehen, weil sie eine sinnlose Last für die anderen ist.“** (Hervorgehoben durch mich – K. M.)

Eine inzwischen aufkommende Versachlichung begegnete dieser ideologisch geprägten Mobilisierung mit überprüfbaren Fakten und komplexen Argumenten. Besonders das **Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)** griff inzwischen mit konkreten Angaben ernüchternd in die öffentliche Sichtweise ein.²

Nunmehr soll versucht werden, die wesentlichen Fakten und Aussagen zu den Transfers West-Ost zusammen zu fassen und zu einigen Schlussfolgerungen zu gelangen, die begründet erscheinen.

1. Zur Art und Höhe der Transferleistungen nach Ostdeutschland

Im *Grundgesetz* der Bundesrepublik Deutschland heißt es: „Die Deckungsbedürfnisse des Bundes und der Länder sind so aufeinander abzustimmen, dass ein billiger Ausgleich erzielt, eine Überbelastung der Steuerpflichtigen vermieden und **die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet gewahrt wird.**“ (GG, Art. 106, (3), Abs. 2)

Diese sozialökonomische „Einheitlichkeit“ mittels der staatlichen Finanztransfers zu unterstützen, wird praktisch durch die hierfür vorgesehenen Quellen und auch durch Zielorientierungen der Finanzmittel angestrebt, deren Höhe den zu bewältigenden ostregionalen Aufgaben angepasst wird. Es sind im Wesentlichen folgende Finanzierungsarten:

1. Derzeit ist der „Solidaritätspakt II“ das Instrument für die *speziellen* Fördermittel zum „Aufbau Ost“, der die Modalitäten für den West-Ost-Ausgleich mittels *direkter* Wirtschaftsförderung für den Zeitraum 2005 bis 2019 in Höhe von insgesamt 156 Mrd. Euro regelt. Demzufolge stehen hier die *investiven* Transfers für Ostdeutschland im Mittelpunkt der ambivalenten Interessen der Geberseite (Bund) und der Nehmerseite.
2. Über den föderalen Finanzausgleich (LFA) wird eine innerstaatliche Umverteilung jährlich geregelt, die nicht speziell für ostdeutsche Länder, sondern generell für alle finanzschwachen Länder in Deutschland gemäß o.a. Grundgesetzgebot funktioniert.
3. Die dritte wichtige Art der staatlichen Transfers bilden die Ausgleichszahlungen West-Ost der staatlichen Sozialversicherungen untereinander und die Zahlungen der Arbeitsmarktverwaltung, die gesetzlich geregelt sind und sozialpolitische Aufgaben („Lebensverhältnisse“) erfüllen.

Der wirtschaftliche Angleichungsprozess Ost an West soll politisch durch die vorstehenden Punkte 1. und 2. gezielt anvisiert und fiskalisch gestützt werden. Es handelt sich um staatliche

Rahmenbedingungen für eine *Auftragsvergabe* von öffentlichen Investitionsleistungen oder eine *Anreizbildung* für private Unternehmen bei Investitionen in die Wertschöpfung Ost. Keineswegs war beabsichtigt, dass die staatlichen Transfers *allein* diesen regionalen Angleichungsprozess bewältigen könnten, d.h. ohne massive und anhaltende *private* Investitionen zur Erhöhung der ostdeutschen Leistung im BIP je Einwohner. Hierfür ist also auch der *Zustrom* von *externen* Investitionen in die Wertschöpfungsbereiche der ostdeutschen Unterentwicklungsregion ein weiterhin ausschlaggebender Faktor für eine reale wirtschaftliche Ost-West-Angleichung.³

Jedoch ist die Begrenzung des „Solidarpaktes II“ weder zeitlich (bis 2019) noch in Hinsicht der Transfer-Gesamtsumme als optimal zu bewerten. Prof. Pohl (IWH): „In Wahrheit sind die neuen Länder schlecht weggekommen.“⁴ Das zeigt sich inzwischen infolge des fortgesetzt unterbrochenen „Aufholprozesses Ost“ und der inzwischen erkennbaren dramatischen Zuspitzung der ostdeutschen Haushaltssituation.

Der **Sachverständigenrat für Wirtschaft (SVR)** hatte in seinem „Jahresgutachten 2004/2005“ seine Tabelle 100 zu den staatlichen Transfers West-Ost beigebracht (siehe nachstehend).

Tabelle 1: Überschlägige West-Ost-Transferleistungen für den Zeitraum der Jahre 1991 bis 2003¹⁾

Arten	Mrd. Euro
Ausgaben für den Ausbau der Infrastruktur unter anderem: Bundesinvestitionen Straße, Schiene, Wasserstraßen; Gesetz über die Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden; Wohnungs- und Städtebau	160
Ausgaben für Wirtschaftsförderung (Unternehmen) unter anderem: GA regionale Wirtschaftsförderung, Agrarstruktur und Küstenschutz; Investitionszulage; Zinszuschüsse der DtA, KfW; Zuschüsse an Eisenbahnen und an den Schienenpersonennahverkehr	90
Sozialpolitisch motivierte Ausgaben darunter: Rente, Arbeitsmarkt, Kindergeld, BAföG	630
Ungebundene Zuweisungen davon:	295
Fonds deutsche Einheit (1991 bis 1994)	62
Umsatzsteuerergänzungsanteile	83
Länderfinanzausgleich	66
Bundesergänzungszuweisungen einschließlich SoBEZ	85
Sonstige Ausgaben unter anderem: Ausgaben für Personal und Verteidigung	105
Bruttotransfers	1280
Geleistete Abgaben (Steuern und Sozialbeiträge) in Ostdeutschland	300
Nettotransfers	980

1) Angaben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.

Danach beliefen sich die **Bruttotransfers** auf die Summe von 1.280 Mrd. Euro für den Zeitraum der zurückliegenden 13 Jahre zwischen 1991 und 2003, d. h. je Jahr im Mittel auf 98,5 Mrd. Eu-

ro. Mit dieser Größenordnung wird in manchen öffentlichen Äußerungen ein drastischer Eindruck erweckt, um einer massiven Kritik an den Transfers drastischen Nachdruck zu verleihen.

Die *entscheidende* Kennzahl sind jedoch die **Netto-Transfers** die für den gesamten Zeitraum 980 Mrd. Euro bzw. je Jahr im Mittel 75,4 Mrd. Euro betragen. Aus der ostregionalen Wirtschaft flossen also insgesamt 300 Mrd. Euro oder (23,4 % der Bruttotransfers) in die Hand des Fiskus durch die gesetzliche Zentralisierung von Steuern und Abgaben aus der gesamten ostregionalen BIP-Leistung.

Die staatlichen Ausgaben für die Wirtschaftsförderung *an Unternehmen* betragen mit 90 Mrd. Euro insgesamt nur 7,0 % der Bruttotransfers – ein Betrag im Mittel von knapp 7 Mrd. Euro je Jahr. Zusammen mit den Transfer-Ausgaben für die öffentliche Infrastruktur in Höhe von insgesamt 160 Mrd. Euro für 13 Jahre sind für die *direkt* zurechenbaren *investiven* Transfers also 250 Mrd. Euro aufgebracht worden, d. h. 19,5 % der staatlichen Bruttotransfers im gesamten Zeitraum. Im Mittel ergab dies einen jährlichen Betrag von 19,2 Mrd. Euro mit *direkter* wirtschaftlicher Zweckbestimmung.⁵

Aus der Sicht des Gesamtstaates sind in dieser Summe auch jene Investitionen enthalten, die der Bund für zentrale Vorhaben in die Verkehrsinfrastruktur gemäß seiner gesetzlichen Zuständigkeit ausgeben muss. **Als besondere wirtschaftliche Förderung des Bundes für die ostdeutsche Region im Unternehmensbereich kann man nur die o.g. 7 % der Bruttotransfers abgrenzen. Dies wirft ein Licht auf die fortgesetzte Stagnation des wirtschaftlichen Angleichungsprozesses West-Ost nach Ende der tiefen Transformationskrise der Vereinigung ab 1995.**

Ein Anteil von 630 Mrd. Euro oder 49,2 % der Bruttotransfers fiel auf „Sozialpolitisch motivierte Ausgaben“, d.h. im Mittel 48,5 Mrd. Euro je Jahr. Dieser Teil ist eindeutig für konsumtive Zwecke bestimmt.

An den „ungebundenen Zuweisungen“ in Höhe von insgesamt 295 Mrd. Euro sind die „Bundesergänzungszuweisungen“ (BEZ) mit insgesamt 85 Mrd. Euro oder im Mittel jährlich 6,54 Mrd. Euro beteiligt. Der Anteil mit *konsumtiver* Endverwendung innerhalb der „ungebundenen Zuweisungen“ kann auf ca. 50 % nur grob abgeschätzt werden, weil exakte statistische Verwendungsnachweise hierfür fehlen.

Damit belaufen sich die so abgrenzbaren konsumtiven Endverwendungen 1991 bis 2003 auf insgesamt ca. 780 Mrd. Euro oder 61 % der gesamten Transfers. Im Mittel wurden daher je Jahr 60 Mrd. Euro für die Konsumtion verfügbar gemacht. Danach folgt, dass der Anteil der staatlichen *investiven* Transfers (direkter sowie auch geschätzter Endverwendung) sich auf ca. 40 % der Bruttotransfers für die Zeit von 1991 bis 2003 belief und die Höhe von insgesamt ca. 512 Mrd. Euro oder jährlich im Mittel 39,4 Mrd. Euro erreichte.⁶

Ergänzend gibt der SVR noch eine Zusammenstellung für die Jahre vor 2003, nachstehend leicht gekürzt auf den Zeitraum der rot-grünen Bundesregierung:

Tabelle 2: Transferleistungen und investive Zuweisungen an die neuen Bundesländer¹ (Mio. Euro)

	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Transfers im Rahmen des Länderfinanzausgleichs (LFA) ²⁾	3 214	3 457	3 707	3 127	3 205	2 843
Bundesergänzungszuweisungen						
Insgesamt	7 522	7 586	7 616	7 511	10 201	10 183
davon:						
Fehlbetrags-BEZ	1 389	1 453	1 484	1 378	1 336	1 318
Sonderbedarfs-BEZ:						
Kosten politischer Führung	336	336	336	336	336	336
Sonderbedarfs-BEZ:						
Neue Länder ³⁾	5 797	5 797	5 797	5 797	8 529	8 529
Investive Zuweisungen vom Bund	6 752	6 485	6 315	5 756	3 135	2 653
Zuschüsse für Investitionen von der EU	1 204	865	924	1 053	1 280	1 348
Insgesamt:	18 692	18 393	18 562	17 447	17 821	17 027

1) Ohne Berlin. - 2) Länderfinanzausgleich im engeren Sinne (ohne Effekte der Umsatzsteuerverteilung unter den Ländern). - 3) Sonderbedarfs-BEZ zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten sowie zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft. (Quelle: BMF)

Die vorstehende Tabelle zeigt, dass im zeitlichen Verlauf der Zuweisungen bereits ein Rückgang der „investiven Zuweisungen des Bundes“ zwischen 1998 und 2003 von 6,75 Mrd. Euro auf 2,65 Mrd. Euro, d.h. auf 40 % erfolgt ist – ein Effekt und Indiz der insgesamt nachlassenden Investitionen im Wertschöpfungsbereich Ost.

Im **IWH** wurde die aktuelle Höhe der West-Ost-Transfers gründlich überprüft und die Ergebnisse veröffentlicht, die in diesem Detailliertheitsgrad zuletzt nicht mehr vorlagen und schon deswegen hier vollständig **im Anhang** zitiert werden sollen. (Eine Zahlen-Darstellung bis zum Jahr 1999 findet man auch in der grundlegenden Untersuchung von *Ulrich Busch*⁷⁾)

Es ergeben sich jetzt zu den früheren IWH-Daten geringfügige Abweichungen infolge der Ausgliederung von einigen Posten, die streng genommen nicht als *deutsche staatliche* Transfers ausgewiesen werden sollten. Dazu zählen z. B. die EU-Zuweisungen an die ostdeutschen Länder aus den zentralen Fonds in Brüssel sowie spezielle Fördermittel aus Bankkrediten.

Die IWH-Angaben für die Jahre 2001 bis 2003 bestätigen die grundsätzliche Richtigkeit der zuvor zitierten SVR-Angaben und beschreiben den aktuellen Stand. Die Höhe der Zahlungen der Länder (West) nach Ostdeutschland wird für 2003 mit 14,85 Mrd. Euro ausgewiesen, darunter im „Länderfinanzausgleich im engeren Sinne“ mit 3,83 Mrd. Euro. Die Länder (West) sind mit 21,4 % an den **Netto**-Transfers nach Ostdeutschland beteiligt, während der Bund 42,7 % davon trägt – der Rest von 35,9 % oder 25 Mrd. Euro entfällt auf die Kassen der staatlichen Sozialversicherungen. Dies belegt u. a., dass die westdeutschen Länder mit 3,83 Mrd. Euro für den „Länderfinanzausgleich im engeren Sinne“ nur einen geringen Anteil ihrer gesamten Neuverschuldung 2003 speziell für Ostdeutschland aufgenommen haben.

Die direkte staatliche Wirtschaftsförderung für Unternehmen zeigt hiernach fallende Tendenz und beträgt für 2003 noch 7,2 % der Brutto-Transfers. Der Infrastrukturausbau mittels Transfers

liegt deutlich höher als die staatliche Wirtschaftsförderung für Unternehmen und erreicht 2003 noch 10,1 % an den Bruttotransfers. Hiernach liegen die *direkten* investiven Transfers im Jahre 2003 (ohne „ungebundene Leistungen“ und ohne EU-Zuweisungen) bei 17,3 % der Brutto-Transfers.

Der Betrag von 25 Mrd. Euro Transfers aus den Kassen der Sozialversicherungen liegt über einem Drittel der jährlichen Brutto-Transfers insgesamt. Er beträgt aber relativ am „Arbeitnehmerentgelt“ (lt. VGR) nur 2,2 % für 2003 und Gesamtdeutschland. Dies zeigt, dass die Wirkungen von höheren SV-Beitragsätzen infolge der deutschen Vereinigung (und infolge des Ost-West-Defizitausgleichs der SV) auf die Arbeitskosten sowie auf die Lohnstückkosten weniger gravierend sind als öffentlich suggeriert wird.

2. Zur Wirkung der Transferleistungen in Ostdeutschland

Zur Bewertung von Aufgaben der Transferleistungen heißt es: „*Erstens* ... dienen sie der Sicherung eines relativ hohen Einkommens-, Verbrauchs- und Lebensniveaus. *Zweitens* garantieren sie das Funktionieren der staatlichen und kommunalen Institutionen entsprechend geltendem Recht. Und *drittens* zielen sie auf eine Unterstützung des wirtschaftlichen Aufschwungs in den neuen Bundesländern.“⁸

Die vorstehende Reihenfolge reflektiert auch die Rangfolge entsprechend den transferierten Finanzvolumina. Hier soll insbesondere die wirtschaftliche Wirkung aufgezeigt werden.

Zuvor eine Angabe zu den regionalen Streuungen der Transfers. Das **IWH** veröffentlicht jetzt eine *regionale* Differenzierung der Netto-Transfers West-Ost mit nachfolgender Tabelle.

Tabelle 3: Regionale Aufteilung der Netto-Transfers in Ostdeutschland (nach Einwohnerzahl)
(Mrd. Euro)

Jahr	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Mecklenburg-Vorpommern	Thüringen	Sachsen	Berlin-Ost	Summe
2001	11,34	11,35	7,72	10,58	19,24	5,55	65,78
2002	11,56	11,47	7,83	10,74	19,52	5,68	66,80
2003	12,07	11,88	8,15	11,17	20,31	5,96	69,53

Quellen: AK VGR der Länder; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Danach erfolgte zwischen den ostdeutschen Bundesländern eine Aufteilung der Netto-Transfers, die jährlich gemäß dem Stand der Wohnbevölkerung vorgenommen wurde und daher eine Gleichverteilung zeigt. Es ist diese Art der Gleichverteilung, die neuerdings als „Gießkannenprinzip“ kritisiert wird, weil hierin keine erkennbare Schwerpunktbildung nach „Wachstumskernen“ zum Ausdruck kommt. Aber infolge der sozialpolitischen Anteile in der Zweckbestimmung von Netto-Transfers würde eine Differenzierung nach anderen Kriterien ohnehin nur für einen Teil der gesamten Zuweisungen relevant sein können.

Erstmals geht das **IWH** analytisch der Frage nach, wie hoch der Effekt der Netto-Transfers auf die

regionale Wertschöpfung Ost ist. Es werden einige methodische Zwischenschritte in den IWH-Berechnungen vollzogen, die hier nicht wiedergegeben werden sollen. Die Absicht besteht in der Darstellung jener positiven Wirkungen, die aus den investiven und den konsumtiven Transfers auf die Leistung der ostdeutschen Wirtschaft selbst ausgehen – im Unterschied zu den Wirkungen auf die westdeutsche Geberseite. Es wurde dabei in zwei Varianten gerechnet, die nachstehend dargestellt sind, aber nur geringe Unterschiede ergeben. Im Endresultat wird untenstehende tabellarische Darstellung vom IWH vorgenommen.

Tabelle 4: In Ostdeutschland (einschließlich Berlin-Ost) entstehende nettotransferfinanzierte Wertschöpfung (Mio. Euro)

	2001		2002		2003	
	V1 ^a	V2 ^b	V1 ^a	V2 ^b	V1 ^a	V2 ^b
Endnachfrage Ost	37 879	37 892	38 224	37 953	40 018	40 145
+ westdeutsche Vorleistungskäufe aus Ostdeutschland	199	183	203	219	213	225
- ostdeutsche Vorleistungskäufe aus Westdeutschland	3 834	3 518	3 793	4 333	4 131	4 807
= Gesamtwertschöpfung Ost	34 244	34 557	34 634	33 839	36 100	35 563
In % der transferfinanzierten Endnachfrage (Anteil Ost)	90,4	91,2	90,6	89,2	90,2	88,6
In % des Gesamtnachfrageimpulses (Transferbetrag)	52,1	52,5	51,8	50,7	51,9	51,1

^a Variante 1 - Netto-Transfers proportional ermittelt (Bundestransfers jeweils um Steuerzahlungen bereinigt); ^b Variante 2 - Netto-Transfers indirekt durch Abzüge (Haushalts- und Unternehmenssteuern Ost) beim verfügbaren Einkommen und den Ausrüstungsinvestitionen ermittelt.

Im Ergebnis bewirkten die Netto-Transfers eine **Erhöhung** der ostdeutschen Wertschöpfung allein im Jahre 2003 um 35,5 Mrd. Euro, d.h. um ca. 51 % von den gesamten Netto-Transfers. Das besagt, dass die Hälfte der Netto-Transfers eine direkte entsprechende Erhöhung der Wertschöpfung in den neuen Bundesländern induziert, die ansonsten nicht entstehen könnte. Von einem bloßen „Verpuffen“ der Netto-Transfers kann also keine Rede sein. Hier ist aber daran zu erinnern, dass die drastische Rückläufigkeit der privaten Investitionen in Ostdeutschlands Wertschöpfungsbereichen auch den Effekt der Wirtschaftsförderung für die Unternehmen aus Transfers gemindert hat.⁹

Das IWH kommentiert dieses Ergebnis wie folgt: „Insgesamt ergibt sich, dass in den drei betrachteten Jahren (2001, 2002 und 2003) zwischen 15,5 und 16 % der (nominalen) Wertschöpfung (ohne öffentliche Verwaltung/Sozialversicherung) in den neuen Ländern als transfergestützt gelten können ... Somit wird ersichtlich, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der gegenwärtigen Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland allein aufgrund der direkten Unterstützung von außen erbracht werden kann: Das auf eigener Wirtschaftskraft (also nicht auf Transferleistungen) basierende BIP je Einwohner liegt bei den derzeitigen Bevölkerungszahlen selbst in den wirtschaftsstärkeren Regionen Ostdeutschlands bei nur etwa 55 % des westdeutschen Durchschnittswertes bzw. bei rund 67 % des EU-25-Durchschnitts. **Insoweit tragen die Transferleistungen dazu bei, dem**

regional ökonomischen Ziel „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ näher zu kommen. Ersichtlich wird überdies, dass die Transfers auch die Beschäftigungssituation in den neuen Ländern stabilisieren helfen – überschlägig gerechnet, entspricht die transfergestützte Produktion rund 850 000 Arbeitsplätzen in Ostdeutschland.“ (Hervorgehoben von K. M.)

Diese Aussage kann als glatte Widerlegung jener ideologischen Deutungen gewertet werden, die den staatlichen Netto-Transfers eine überwiegende Rolle als „durch Konsumtion Ost verbrauchte Wertschöpfung West“ (oder „Fass ohne Boden“) boshafter Weise nachsagen. Hierfür als ein kras- ses Beispiel die Auffassung von Gabor Steingart: „Der Aufbau-Ost trägt seinen Namen zu Un- recht, er ist in allererster Linie ein Aushalten-Ost und hat die Kernschmelze der gesamten Volkswirtschaft enorm beschleunigt.“ Und schließlich: „Der Westen wurde im Zuge der Wieder- vereinigung zur Kolonie des Ostens.“¹⁰ (Hervorhebung durch K. M.)

3. Zur Wirkung der Transferleistungen in Westdeutschland

Der Beginn der Netto-Transfers (1991) war mit einer staatlichen Konjunkturspritze für die west- deutsche Wirtschaft vergleichbar, die zu einem andauernd höheren BIP-Niveau West, höherer Beschäftigung und damit zugleich zu einem Sprung im verfügbaren Volkseinkommen führte. **Infolge dieses Zuwachses im verfügbaren Volkseinkommen West refinanziert sich der Net- to-Transfer hochgradig partiell aus dem zusätzlichen westdeutschen Steuer- und Abgaben- volumen und aus fiskalischen Minderausgaben für die verminderte westdeutsche Arbeits- losigkeit.**

Das **DIW** gab im Jahre 2000 bekannt, dass die Transfers eine anhaltend positive Rückwirkung auf die *Niveauhöhe* des westdeutschen Sozialprodukts von plus 6 bis 7 % im Jahr haben.¹¹ Unter Beachtung der volkswirtschaftlichen Abgabenquote am BIP von durchschnittlich 40 % resultier- ten daraus jährlich hohe *Mehreinnahmen* für die öffentlichen Haushalte in Westdeutschland in den 90er Jahren. Eine Beispielrechnung für das Jahr 1995 ergibt einen Mehrbetrag von 42,1 Mrd. Euro.¹²

Das **IW Köln** schätze bereits zuvor den zusätzlichen Anstieg des westdeutschen Bruttosozial- produkts kumulativ bis zum Jahre 2000 auf real 145 Mrd. Euro und den daraus *direkt* anfallen- den Teil der Steuermehreinnahmen auf ca. 40 Mrd. Euro.¹³ Berücksichtigt man die aus der in Westdeutschland verminderten Arbeitslosigkeit erzielten Minderausgaben der öffentlichen Haushalte (einschließlich Sozialversicherung), so kommen gemäß **IW Köln** noch weitere 54 Mrd. Euro zusätzliches Selbst-Finanzierungspotential für die Transfers hinzu. **Damit belaufen sich diese westdeutschen Finanzvorteile aus dem Vereinigungsboom auf ca. 94 Mrd. Euro pro Jahr und erreichen damit vergleichsweise die Höhe der effektiven Netto-Transfers West-Ost zum Zeitpunkt der IW-Analyse.**

Nach einer makroökonomischen *Simulation* des **IWH** hat der nachhaltige BIP-Zuwachs aus dem Vereinigungsboom in Westdeutschland hochgradig den West-Ost-Nettotransfer kompensiert und sogar überschritten. „Der ‚Vereinigungsgewinn‘ übersteigt die Transferzahlungen, die West- deutschland zugunsten Ostdeutschland leistet (Größenordnung 150 Mrd. DM)“, fasste das IWH die Simulationsergebnisse noch im Jahre 1996 zusammen.¹⁴

Diese zusätzliche westdeutsche Bruttowertschöpfung „entspricht in etwa der Summe der im gleichen Zeitraum von West- an Ostdeutschland geleisteten Nettotransferzahlungen, ...“, wie *Ulrich Busch* in seiner Untersuchung zur ostdeutschen Transferökonomie feststellte.¹⁵

Dies zeigt: Ostdeutschland hängt zwar einerseits „am Tropf der Transfers West-Ost“, aber andererseits hängt das vom „Vereinigungsgewinn“ dauerhaft gestiegene BIP-Niveau West infolge der Integration des ostdeutschen Marktes, dem andauernden Lieferüberschuss von West nach Ost und den darauf beruhenden Transfers *gleichermaßen* am finanziellen Rücklauf aus diesen Transfers – der Vorteil ist also, vordergründig gesehen, beiderseitig und insofern „gesamtdeutsch“. (Eine verdeckte Ambivalenz besteht darin, dass die realen Warenlieferungen *als Folge der westdeutschen Marktdominanz* unter dem Aspekt der nunmehr erforderlichen Markterweiterung für originär *ostdeutsche* Lieferanten regionalökonomisch als eine relative „Fessel“ wirken.)

Es ist unter makroökonomischen Aspekten, vom Standpunkt der Kreislauftheorie *unzweifelhaft*, dass die Netto-Transfers West-Ost mit investiver und konsumtiver Endverwendung im Osten zur Realisierung jener Warenströme führen, die nach der erfolgten westdeutschen Markteroberung zur ständigen Belieferung nach dem Osten abfließen. „Für die westdeutsche Wirtschaft hat die deutsche Einheit wie ein gigantisches Nachfrageprogramm gewirkt“, konstatierte das DIW (2000).¹⁶

Damit schließt sich der westdeutsche Warenkapitalkreislauf in ganz normaler Weise über den ostdeutschen Binnenmarkt und realisiert hier seine Marktangebote und Profite, d. h. die transferierten Gelder fließen im Umfang der westdeutschen Lieferungen nach dem Westen als Erlöse zurück. Solche Erlöse gehen folglich den westdeutschen Unternehmen nicht verloren. Sie bilden vielmehr eine integrale Funktion für den gesamtdeutschen Kapitalkreislauf.

4. Speziell zur „Auszehrung West“ durch Ost

Der Anteil der Netto-Transfers beträgt 2003 hinsichtlich der *Verwendung* des deutschen Bruttoinlandprodukts (= 2.129,2 Mrd. Euro) ca. 3,8 %. Nun wird argumentiert, dass die *relative* Netto-Transferleistung höher sei als der BIP-Jahreszuwachs und von daher also eine „Auszehrung“ erfolge.¹⁷ Aber ist solcher Vergleich sachgerecht?

Der logische Fehler liegt hier in der Vorstellung, dass der Netto-Transfer überhaupt nur aus dem jährlichen *Zuwachs* des Bruttoinlandprodukts (BIP), speziell aus dem jährlichen Volkseinkommen, bestritten werden müsse. Anderenfalls aber sei eine „Auszehrung“ gegeben. Das ist aber eine völlig willkürliche Annahme: der Netto-Transfer vermindert nicht das laufende Volkseinkommen, sondern er verteilt einen Bruchteil davon nach den vereinbarten staatlichen Regeln bzw. Kriterien *regional* um.

Die Transfers fallen nicht aus dem Wirtschaftskreislauf hinaus (wie der saldierte Abfluss von Überschuss-Geldvermögen ins Ausland), sondern sie fließen in den Kreislauf einer erweiterten gesamtdeutschen Ökonomie und realisieren deren gemeinsame Bruttoinlandproduktion als marktgerechte Endverwendung. (Die Höhe der gesamtdeutschen Netto-Investitionsrate ist *keine* Funktion der Transferhöhe, denn sie folgt anderen Determinationen.)

Von „Auszehrung“ kann man in der Ökonomie eigentlich erst sprechen, wenn sich die *Substanz* des vorhandenen Sachvermögens verringert und dies zur Minderung der volkswirtschaftlichen Wachstumsraten führt. Die Periode seit der Vereinigung ist aber ganz normal durch eine solche Höhe der jährlichen Bruttoinvestitionen gekennzeichnet, die stets über den Abschreibungen lag, d.h. es gab immer jährlich bedeutende Netto-Investitionen in Westdeutschland. Darüber hinaus sind enorme jährliche Zuwächse des reinen privaten Geldvermögens in Deutschland erzielt worden. Insofern ist der Ausdruck „Auszehrung der Kernkräfte“ für Westdeutschland ganz einfach eine demagogische Floskel.

Ganz generell ist die finanzielle Investitionsfähigkeit der deutschen Wirtschaft strukturell nicht negativ beeinträchtigt, wenn man die bekannten ökonomischen Grundtatsachen wertet. Hierzu folgendes:

1. die volkswirtschaftliche Gewinnquote ist keineswegs in Deutschland niedriger als international üblich, sondern sie ist höher als in einigen anderen Wettbewerber-Staaten;
2. die deutsche Steuerquote ist die niedrigste im EU-Durchschnitt, die deutsche Abgabenquote ist niedriger als in vielen anderen großen EU-Staaten;
3. die Belastung der Gewinne und der Kapitaleinkommen in Deutschland mit Steuern ist in den letzten Jahren deutlich gesunken und niedriger als bei wichtigen europäischen Konkurrenten.

Ferner gilt: Die Nettogewinne sind in Deutschland weitaus schneller angewachsen als die Nettolöhne der Arbeitnehmer, und die Netto-Geldvermögensbildung ist im oberen Einkommensbereich sprunghaft gestiegen. Der staatliche Transfer senkt keineswegs die bestehende Netto-Investitionsrate der Volkswirtschaft, denn auch der investive Transferanteil geht in die gesamtdeutsche Netto-Investitionsquote ein. Die niedrigeren Lohnstückkosten Ost im Produktionsbereich ermöglichen hier eine entsprechend höhere Kapitalrentabilität.

Ging diese *investive* Endverwendung von (geschätzt) 512 Mrd. Euro aus den staatlichen Transfers zu Lasten der westdeutschen Wachstumspotentiale? Dies ist eine *Kernfrage*, die nur aus den Aufkommensquellen für die staatlichen Transfers konkret beantwortet werden kann. Dafür stehen außer Steuern und Sozialabgaben vor allem die jährlichen laufenden Neuverschuldungen des Gesamtstaates zu Buche – letztere sind seit der Vereinigung rapide angestiegen. Innerhalb der Neuverschuldung seit der staatlichen Vereinigung erhöhte sich drastisch der Anteil der staatlichen Verschuldung *im Ausland*, der von Ende 1990 bis Ende 2003 von 112,7 Mrd. Euro um 426,3 Mrd. Euro zugenommen hat und 539 Mrd. Euro erreichte.

Es zeigt sich: **Die Summe der investiven Endverwendung von 512 Mrd. Euro wurde überwiegend gar nicht innerstaatlich mobilisiert, sondern zu 83,3 % (oder 426,3 Mrd. Euro) extern durch staatliche Verschuldung im Ausland finanziert, wie die erreichte Größenordnung der Schuldtitel des *Fiskus* aus dem Ausland eindeutig ausweist.** Hierbei ist zu beachten, dass die *direkt zurechenbaren* Investitionen an den Transfers mit 250 Mrd. Euro (für öffentliche Investitionen und für private Unternehmensförderung) insgesamt für 13 Jahre weit unter den in dieser Zeit neu aufgenommenen Auslandsschulden von 426,3 Mrd. Euro liegen.

Damit ist der ideologische maskierte Hauptvorwurf makroökonomisch-logisch entkräftet, dass

ein zu Lasten der staatlichen Finanzpotentiale zusätzlich erfolgter Investitionstransfer für Ostdeutschland überwiegend innerwirtschaftlich aufgebracht werden musste, der die westdeutsche Investitionen direkt entsprechend minderte und damit das westdeutsche Wachstumspotential permanent herabdrückte.

An dieser Stelle ist auch der verbreitete Mythos zu korrigieren, dass die staatlichen Transfers seit der Vereinigung die *Hauptursache* für die drastisch gestiegene Staatsverschuldung sei. Wie *Ulrich Busch* (2002) mit seiner Analyse aufzeigte, ist nur „fast die Hälfte des Schuldenzuwachses seit 1990“ in Deutschland als *einigungsbedingt* einzuschätzen.¹⁸ Der Schuldenzuwachs der westdeutschen Länder beträgt zwischen 1990 und 2000 das Mehrfache der von ihnen abgezweigten LFA-Mittel für die ostdeutschen Länder. Andere Staaten haben sich im Zeitraum 1990 bis 2000 ohne einen „Sonderfall deutsche Einheit“ vergleichsweise relativ ebenso hoch verschuldet.¹⁹

Die deutsche Wirtschaft hat seit Beginn der Wirtschaftsflaute im Jahre 2001 nicht unter „auszehrendem Kapitalmangel“ gelitten, sondern trotz der „Vereinigungslast“ einen expansiven *Kapitalabfluss* ins Ausland wie folgt erzielt: 2001 12,0 Mrd. Euro, 2002 65,2 Mrd. Euro und 2003 54,3 Mrd. Euro.²⁰ Grundlage hierfür bildeten die sprunghaft ansteigenden positiven Finanzierungssalden der Privaten Haushalte, die von 69,4 Mrd. Euro 1999 auf 125,5 Mrd. Euro 2003 hochschnellten.

Obwohl dies kaum ernsthaft bestritten werden kann, sind jedoch manche Ökonomen nicht bereit, hieraus logische Konsequenzen zu ziehen und suggerieren eine direkte, das Wachstum mindern- de Transfer-Belastung für Westdeutschlands Wirtschaft und seine Bürger als Steuerzahler. Dabei setzen sie eine fiskalische Ausgabenbelastung der öffentlichen Haushalte in Höhe der Transfers mit einer volkswirtschaftlichen Leistungsminderung gleich, ohne hierfür einen makroökonomisch stichhaltigen Beweis zu erbringen.

Realwirtschaftlich erfolgt auch infolge der innerdeutschen *Abwanderung* von Ost nach West ein Transfer von Arbeitskräftepotenzialen und Humankapital nach Westdeutschland, der bedeutende Größenordnungen erreicht hat und der sich in den letzten Jahren erhöhte. Indem die westdeutsche Wirtschaft diesen innerdeutschen Zustrom integriert und in ihrer Wertschöpfung nutzbar verwendet, gewinnt sie einen laufenden BIP-Zuwachs beachtlicher Dimension.

Eine grobe Überschlagsrechnung zeigt: Die Abwanderung von jeweils 100.000 Einwohnern Ost im arbeitsmarktgerechten Alter bringt einen potenziellen BIP-Zuwachs *je Jahr* von ca. 2,6 Mrd. Euro in Westdeutschland. Im Zeitraum seit der Vereinigung kumuliert dieser Effekt, bezogen auf die laufend ansteigende Gesamtzahl der Abwanderung Arbeitsfähiger, auf eine offiziell nicht genannte, aber beachtliche BIP-Höhe. Dies spiegelt gleichsam den laufenden westdeutschen „Vereinigungsgewinn“ aus dem abgewanderten humanitären nutzbaren Potenzialzuwachs, der ebenfalls die West-Ost-Transfers stützt.

Außerdem: Gegenwärtig arbeiten ca. 400.000 Arbeiter und Angestellte aus Ostdeutschland in den alten Bundesländern als *Pendler* und produzieren dort jährlich etwa 10 Mrd. Euro westdeutsches Bruttoinlandsprodukt. Es erscheint diese BIP-Leistung aber statistisch als Teil der ostdeutschen „Produktionslücke“, weil die Arbeitsnettoeinkommen hauptsächlich in den neuen Bundesländern verzehrt werden.

Auch der hohe fortbestehende Selbstfinanzierungsgrad der Transfers aus dem zusätzlichen westdeutschen „Vereinigungsgewinn“ schließt die Auszehrungsthese in volkswirtschaftlichem Sinne bereits aus. (Gliederungspunkt 3)

Etwa 37 Mrd. Euro werden in den öffentlichen Haushalten Westdeutschlands für Pensionen und Beihilfen und Unterstützungen für ehemalige Beamte bereitgestellt. Sie werden aus den laufenden Steuern finanziert. Wenn etwa 10 Prozent des Steueraufkommens aus den neuen Bundesländern kommt, ist das ein indirekter, verdeckter „Sozialtransfer“ von 3,7 Mrd. Euro von *Ost nach West*. (In Ostdeutschland gibt es gegenwärtig noch keine pensionierten Beamten.)

Ähnliche Wirkungen haben die in Ostdeutschland erbrachten F-& E-Leistungen, sofern sie keine innovative Nutzung in der ostdeutschen mittelständischen Wirtschaft finden können und daher auf Investoren in Westdeutschland angewiesen sind. Hier geht der ostdeutschen potentiellen Wertschöpfung das reale Wachstumspotential verloren.

Nicht zuletzt ist auf die markanten Effekte der Transfers für die Differenzierung der westdeutschen Einkommen zu verweisen, denn „... ein beträchtlicher Teil der beitrags- und steuerfinanzierten öffentlichen Transferleistungen nach Ostdeutschland führt im Ergebnis vieler Verteilungs- und Umverteilungsvorgänge zur Erhöhung des Profits westdeutscher Unternehmen und zum Anwachsen der Einkommen und Privatvermögen der Reichen und Besserverdienenden.“²¹

Dies alles dürfte dann das direkte Gegenteil von „ Auszehrung“ des Westens durch den Osten sein. Folglich ist die These von der „auszehrenden“ Vereinigungslast der Netto-Transfers im Kern des Sachverhalts unhaltbar.

Am Ende wird klar: die neoliberale Finanzpolitik heizt die innerdeutschen Verteilungskämpfe in nie gekannter Weise an und missbraucht die durch die Medien-Suggestion verbreitete Fiktion einer „westdeutschen Auszehrung“ durch Ostdeutschland.

5. Zur Rückführung der West-Ost-Transfers

Wie schon gezeigt, sind investive Transfers des Bundes zur Wirtschaftsförderung der Unternehmen bereits seit 1998 um 4,1 Mrd. Euro rückläufig. (Gliederungspunkt 1)

Eine Zwangsform der Rückführung der staatlichen Transfers für die investiven Zwecke auf Null ist bekanntlich bereits im „Solidarpakt II“ festgeschrieben. Der dort enthaltene „Korb-1“ mit den Mitteln für die Infrastrukturinvestitionen sieht eine jeweils stetige jährliche Rückführung ab 2008 vor. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass hierfür ab 2008 zunehmend keine Notwendigkeit bestehe, die Zahlungshöhen der Vorjahre fortzuführen, weil dann kein zwingender Bedarf dafür bestehe. Der „Korb-2“ mit den Mitteln für die Wirtschaftsförderung der *Unternehmen* legt ohnehin eine jährliche Bestimmung der verfügbaren Mittel nach Kassenlage des Bundes fest. Die Vorstellung einer zunehmenden „Angleichung der Wirtschaftslage Ost an West“ stand wohl hier Pate.

Eine Reduzierung der bisherigen EU-Transfers (7 Mrd. Euro pro Jahr) steht zusätzlich zu erwarten, deren Höhe noch heftig umstritten ist.

Die ostdeutschen Flächenländer erhalten aus dem Solidarpakt II derzeit etwa 11,6 Mrd. Euro

(Korb-1 und Korb-2), im Jahre 2020 dagegen nur noch Null. Aus dem engeren LFA bleiben die Zuweisungen nahe 3 Mrd. Euro auch 2020 voraussichtlich bestehen. Das IWH sagt für die Zeit nach 2008 eine „starke Verengung der finanzpolitischen Spielräume der ostdeutschen Länder und Gemeinden“ voraus.²²

Inzwischen betrachtet die Politik diese Aussicht ab 2008 und insgesamt nüchterner. Die aufgekommene Diskussion über die Höhe der Transfers verfolgt auch das Ziel, keine Verlängerung der Zahlungen über das Jahr 2019 hinaus vorsorglich zu erwägen, die vereinbarte Rückführung der Zahlungshöhen zu bekräftigen und die Effektivität der investiven Verwendungen deutlich zu erhöhen.

Kritiker des „Solidarpaktes II“ haben schon bei seiner Entstehung darauf hingewiesen, dass die darin vorgesehenen nominellen Mittel (156 Mrd. Euro) über den Zeitraum bis 2019 nicht nur knapp bemessen, sondern auch erheblichen Entwertungen infolge der Preisinflation unterworfen sind, wobei ein Inflationsausgleich jedoch nicht vorgesehen wurde.

Als problematisch erwies sich der Freiheitsgrad der ostdeutschen Länder, über die Nutzung der Mittel eigenständig zu verfügen ebenso wie das Recht des Bundes, die „Korb-2“-Mittel nach Kassenlage zu gewähren. Schließlich zeigte sich auch, dass die vorgesehene Ko-Finanzierung der Länder zu weitgehenden Schwierigkeiten geführt hat, die Mittel aus dem Solidarpakt überhaupt zielgemäß zu nutzen, wobei erhebliche Fehlverwendungen in den meisten Bundesländern (außer Sachsen) zu beklagen waren.

Das im Jahre 2004 hin in der Öffentlichkeit einsetzende „Echo“ ließ erkennen, dass einflussreiche Politikkreise diese Gelegenheit nutzen wollten, eine weitere Kürzung der Transfers für wirtschaftliche Zwecke durchzusetzen, um die Ostregion als „Fass ohne Boden“ fiskalisch abzuhängen oder einzuengen – im Namen der Haushalts-„Konsolidierung“.

Zwar führt auch die Politik der Austrocknung der westdeutschen öffentlichen Haushaltsausgaben am Ende zu der verbreiteten Anfälligkeit für die demagogische Suggestion von der finanziellen „Auszehrung West durch Ost“ – sie bildet dennoch eine neoliberale Verneblung der Wirklichkeit. Die Politik der Steuersenkungen auf Einkommen und Gewinne, die für 2004 zu Entlastungen um 15,2 Mrd. Euro und für 2005 zur weiteren Entlastung um 6,2 Mrd. Euro führen soll, lässt jedoch keineswegs darauf schließen, dass der Staat die Steuern für eine weitere Transfer-Finanzierung „West – Ost“ objektiv oder potenziell nicht mehr aufbringen könnte.

In Wirklichkeit löst die aktuelle fiskalische Konsolidierungspolitik immer neue Zwänge aus, die West-Ost-Transfers zu reduzieren, um die Haushaltsausgaben von Bund und Ländern noch kürzen zu können. Es sind dies aber Gründe, die nichts mit einer chronischen „Auszehrung West“ zu tun haben – es geht hierbei allein um weitere Steuersenkungen im Kapitalinteresse, die durch die Ausgabenminderungen für das bereits hoch verschuldete Ostdeutschland – z. B. bei den Kosten der Arbeitslosenhilfe - kompensiert oder refinanziert werden sollen.

Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt die vom Arbeitskreis um *Klaus v. Dohnanyi* aktuell angestoßene Debatte um die Reduzierung der Wirtschaftshilfe „in der Fläche Ost“ ihren fiskalischen Sinn.²³ Ohne die Transfers künftig aufzustocken, um die „Wachstumskerne Ost“ besser fördern zu können, soll durch Einsparungen „in der Fläche“ großer Landesteile lediglich eine Umschich-

tung in der Fördermittelverwendung erzwungen werden, die rasch zur weiteren dramatischen Verödung ostdeutscher Subregionen führen würde.

Die westdeutsche Wirtschaft kann ihren zusätzlichen ostdeutschen Absatzmarkt mit seinem hohen Transfer-Einkommen nicht schlagartig entbehren, ohne in eine zwangsläufige Absatzkrise zu gelangen. **Von den westdeutschen Unternehmerverbänden kommt folglich keine eindringliche Forderung, die staatlichen Netto-Transfers zu eliminieren.** Insofern sind sie auch nicht daran interessiert, deren Grundlage – die noch bestehende große „Produktionslücke“ (Differenz von Endverwendung und BIP für Ostdeutschland) in Höhe von derzeit 68,8 Mrd. Euro oder ca. 30 % des ostdeutschen BIP²⁴ – rasch zu schließen.

Wie wirken sich nun graduelle Reduzierungen der jährlichen staatlichen Transfers aus?

Das **IWH** hatte im Mai des Jahres 2000 eine Studie vorgelegt, die umfangreiche „Simulationsrechnungen zu den Auswirkungen einer Kürzung von Transferleistungen für die neuen Bundesländer“ enthält. Die Hauptschlussfolgerung daraus lautete: „Die kumulierten Einbußen bei der Produktion werden gleichwohl nur sehr langfristig – wenn überhaupt – wieder aufgeholt werden können. Insofern ergeben sich dauerhafte Einkommensverluste, wobei diese in Ostdeutschland besonders stark ausfallen.“²⁵ Und: „Da allerdings die meisten Transferleistungen auf gesamtdeutschen rechtlichen Regelungen beruhen, ist ein diskretionärer Abbau der Transfers ohnehin nur in begrenztem Maße möglich. Zudem ist bei einer Reduktion der Leistungen auch zu berücksichtigen, *dass gerade die disponiblen Ausgaben zumeist investiven Charakter aufweisen*, sodass ihre Verringerung den Aufholprozess Ostdeutschlands beeinträchtigen könnte. Mit einer spürbaren Verringerung der Transfers ist daher nur bei deutlich verbesserter Wirtschaftslage in den neuen Ländern zu rechnen.“²⁶ (Hervorhebung v. K.M.)

In Ostdeutschland wäre dann ein gradueller Rückgang der transferinduzierten BIP-Leistung zu erwarten, die im Gliederungspunkt 2. gezeigt wurde. Für Westdeutschland hängt der Effekt davon ab, ob (1) die „Einsparungen“ vom Fiskus in einen forcierten Abbau der Staatsverschuldung, *oder* aber (2) in die infrastrukturellen Investitionen West gelenkt werden.

Gelangt der Fiskus im Falle (1) zur Durchsetzung seiner Prioritäten im Abbau der inzwischen weiter steigenden Staatsverschuldung, dann würden die aus dem Transfer freigesetzten Geldmengen auf den Finanzmarkt strömen. Ein westdeutscher BIP-Zuwachs ist dann kompensatorisch von der weiteren Entwicklung des westdeutschen Binnenmarktes selbst abhängig – mit allen seinen konjunkturellen und strukturellen Bedingungen. Aber bekanntlich fehlt es in der gegenwärtigen Stagnationsphase in Westdeutschland überhaupt nicht an zusätzlichen oder freien Mitteln für Investitionen – während die Marktnachfrage nach Mehrproduktion eingeschränkt ist. Letztlich würden sich bei verminderten Transfers die Wachstumsraten sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland vermindern.

Im genannten Falle (2) würden zunächst jener Lieferumfang an Ostdeutschland entfallen, die dem rückläufigen Transfervolumen entsprechen – dafür fehlt dann der ostregionale Absatzmarkt, so dass für die westdeutsche Lieferseite ein Marktproblem entstünde, das zunächst zu Einbußen im BIP-Wachstum West tendiert. Kompensatorisch gehen von den zusätzlichen Infrastrukturinvestitionen West jedoch über den makroökonomischen Multiplikatoreffekt neue Impulse auf das westdeutsche BIP-Wachstum aus – mit dem Ergebnis von gesamtdeutschen Differenzierungen in

den Wachstumsraten des BIP und eines weiteren Zurückbleibens der ostdeutschen Region im Wettbewerb der EU.

Damit wird klar, dass der Rückgang der investiven West-Ost-Transfers nicht gezielt dort effektiv werden kann, wo man eine „Kernschmelze der westdeutschen Wirtschaftskraft“ suggeriert: bei den Mitteln für Investitionen in westdeutschen Wachstumsbranchen. Auch Verlagerungen von Produktionspotenzialen ins Ausland (als Komponente der „Kernschmelze“) würden nicht gestoppt. Im Gegenteil, die Rückführung der staatlichen Transfers würde die BIP-Leistung Ost auf Dauer negativ beeinträchtigen und die ostdeutsche Unterentwicklung im innerdeutschen und im EU-Vergleich konservieren.

6. Fazit

Es ist politisch von großer Wichtigkeit zu begreifen, dass – wie gezeigt –

- die investiven West-Ost-Transfers des Fiskus bisher summarisch und kumulativ hochgradig oder überwiegend durch steigende *Auslandsverschuldung* des Staates mobilisiert werden, die *nicht* zu Lasten der westdeutschen Wirtschaft oder Finanzkraft erfolgt
- die Netto-Transfers bis *zur Hälfte* die ostdeutsche Wertschöpfung laufend zusätzlich anheben und insofern permanent regionalwirtschaftliche Impulse auslösen, also keineswegs uneffektiv „verpuffen“
- die staatlichen konsumtiven Transfers die gesamtdeutschen Arbeitskosten nicht mehr als um *ca. 2,2 %* aufgestockt haben, wobei eine deutliche Verschlechterung der Lohnstückkosten nicht erkennbar ist
- ein sehr hoher Anteil der gesamten Transfers sich *permanent* aus dem westdeutschen BIP-Zusatzwachstum des Vereinigungsbooms (Niveauerhöhung) refinanziert und zudem durch den fortgesetzten Zustrom ostdeutscher Beschäftigter in die westdeutsche Wirtschaftsleistung sogar zunehmend fiskalisch (über Steuern und Abgaben) mitgetragen wird
- die *vereinigungsbedingte* Neuverschuldung des Staates sich auf weniger als die *Hälfte* der öffentlichen Neuverschuldung für die Zeit von 1991 bis 2000 belief, während die privaten Netto-Geldvermögen in dieser Zeit explodierten.

Die Schauermärchen von der „Auszehrung West“ erweisen sich faktisch als bloße Demagogie mit taktischem Endzweck zur Kürzung von staatlichen Transfers aus rein fiskalischen Gründen.

Infolge der neoliberal dominierten Rahmenbedingungen ist die deutsche Wirtschaftspolitik nicht imstande, die wieder auseinanderklaffende Schere in der *BIP-Leistung je Kopf* in West und Ost *durch aktive Förderpolitik* zu schließen und damit die noch bestehende hohe „Produktionslücke West-Ost“ sowie die abgeleiteten Netto-Transferleistungen letztlich wesentlich zu reduzieren.

Ein strategischer Plan für einen Durchbruch beim weiteren Aufhol- und Angleichungsprozess in der ostdeutschen Wertschöpfung an das westdeutsche Niveau besteht seitens der Bundesregierung bislang nicht.

Es wäre jedoch eine *Illusion* anzunehmen, dass dem Fiskus bei Fortführung des gegenwärtigen eng begrenzten Fördervolumens für Unternehmen deutlich geringere anhaltende Belastungen erwachsen würden als für den Fall eines noch *höheren* investiven Transfers zwecks energischer Forcierung der ostdeutschen Aufholprozesse. Erinnerung sei daher auch an die Worte von *Wolfgang Thierse* aus dem Jahre 2001: „Wer diese langfristige Aufholstendenz als Kern eines Leitbildes aufgibt, gibt Ostdeutschland ökonomisch auf! Die Alternative hieße dann: Abwanderung, sehr hohe Unterbeschäftigung auf Dauer, besonders starke Überalterung der Bevölkerung, qualitative Erosion der Wirtschaftsstruktur, hoher Transferbedarf...“²⁷

Einige Politiker beginnen allmählich zu begreifen, dass das wirtschaftliche Zurückfallen der neuen Bundesländer infolge des *Abbruches* des „Aufholprozesses Ost“ für ganz Deutschland künftig einen weitaus günstigeren Stand im Leistungswettbewerb der EU-Länder verhindern wird und die Finanzkrise verschärfen muss. „Die Politiker der etablierten Parteien haben längst resigniert, sie verschließen die Augen vor der sich abzeichnenden Katastrophe in Ostdeutschland“, bemerkt *Uwe Müller*.²⁸ **Dies ist dann allerdings nicht die Folge zu hoher staatlicher West-Ost-Transfers, sondern zu niedriger privater investiver West-Ost-Transfers der deutschen Großunternehmen in Ostdeutschland, für die eine EU- und forcierte Weltmarktexpansion eindeutigen und einseitigen Schwerpunkt besitzt.**

Uwe Müller gibt folgenden Ausblick auf die Zukunft: „Schwindende Solidarpaktmittel, ausbleibende Regionalförderung, anschwellende Zinskosten und die demographische Katastrophe sorgen dafür, dass der Druck im Kessel unaufhörlich wächst.“²⁹ Es ist Aufgabe der Politik zu verhindern, dass der von *Uwe Müller* prophezeite „Supergau Deutsche Einheit“ tatsächlich eintritt. Dazu gehört auch eine energische Zurückweisung aller Tendenzen, die weiterhin notwendigen Transferleistungen West-Ost zu kappen, bevor die noch bestehende zu große ostdeutsche Unterentwicklung *akzeptabel* oder hinreichend reduziert ist.

Dabei muss immer wieder öffentlich verdeutlicht werden, dass die staatlichen *investiven* Transferleistungen kein Selbstzweck sind, sondern Mittel zur Mobilisierung und Einwerbung hinreichend hoher privater Transfers in den ostregionalen Bereich der deutschen Wertschöpfung. Ihre Kürzung steht in Widerspruch zu einer Politik der weiteren Angleichung der Wirtschaftsleistung Ost-West. **Im Gegenteil, die weitere Angleichung der ostdeutschen Wirtschaftsleistung vor und nach 2020 kann nur erreicht werden, wenn die hierfür erforderlichen investiven Transfers in hinreichendem Umfang mobilisiert werden können und ein neuer Zustrom auch von externen Investitionen erfolgt.**

Anhang mit Tabelle:

IWH-Tabelle 1:

Transferleistungen für Ostdeutschland 2001 bis 2003 (Brutto und netto)

- in Mrd. Euro -

	2001	2002	2003	Quelle
Bund				
<i>Wirtschafts- und Technologieförderung</i>				
Investitionsförderung (gewerbliche Wirtschaft)	1,94	1,73	1,54	BMF
Zinszuschüsse Mittelstandsförderung	0,29	0,28	0,33	BMF
Absatzförderung	0,01	0,01	0,01	BMF
Wissenschaftsausgaben lt. BMBF	2,35	2,35	2,34	BMBF
<i>Infrastrukturinvestitionen</i>				
Verkehrsinfrastrukturinvestitionen	3,90	3,90	3,90	BMVBW; eigene Schätzung
Städtebauförderung	0,29	0,29	0,29	BMF
Wohnungsbau	1,55	1,36	1,35	BMF
Altlastensanierung	0,68	0,67	0,67	BMF
Kulturinvestitionen	0,04	0,04	0,03	BMF
Sonstige Infrastrukturinvestitionen	0,87	0,83	4,24	BMF
IfG Aufbau Ost	3,29	0,00	0,00	
<i>Sozialleistungen</i>				
Personalaltlasten Reichsbahn	0,52	0,26	0,00	BMF
Wohngeld	0,47	0,50	0,62	BMVBW; eigene Schätzung
Erziehungsgeld				BMF; Statistisches Bundesamt;
	0,49	0,49	0,48	eigene Schätzung
Arbeitslosenhilfe und Arbeitsmarktpolitik (Bundesleistungen)	7,03	7,25	8,25	Bundesagentur für Arbeit; eigene Schätzung
Bundeszuschuss zur Arbeitslosenversicherung	1,93	5,62	6,22	Bundesagentur für Arbeit
Leistungen des Bundes an die Rentenversicherung	12,56	13,38	14,12	VDR
BaFÖG				BMBF, BMF, Statistisches
	0,30	0,34	0,35	Bundesamt;
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	0,72	0,67	0,63	eigene Schätzung
<i>Ungebundene Transfers an Länderhaushalte</i>				
SoBEZ	7,16	10,53	10,53	BMF
Fehlbetrags-BEZ u. Ä.	1,93	1,88	1,86	BMF; eigene Schätzung
<i>Sonstige Bundesleistungen</i>				
Personalausgaben				BMF, Statistisches Bundesamt;
	6,11	6,14	6,18	eigene Schätzung
Sonstige Finanzhilfen	0,02	0,02	0,02	BMF

Fortsetzung Tabelle 1:

	2001	2002	2003	Quelle
Sozialversicherungen				
Finanzausgleich und Defizitausgleich in der Rentenversicherung	12,31	13,49	13,58	VDR
Finanzausgleich in der Krankenversicherung	2,00	2,39	3,01	BMGS
Finanzausgleich in der Arbeitslosenversicherung	15,68	11,36	8,40	Bundesagentur für Arbeit; eigene Schätzung
Länder (West)				
Umsatzsteuervorwegausgleich	10,01	9,76	9,63	BMF; eigene Schätzung
Länder-FA im engeren Sinne	4,14	4,21	3,83	BMF
Steuerverteilung Est, KSt	1,00	0,94	1,24	AK Steuerschätzung
Investitionsförderung (gewerbliche Wirtschaft)	0,15	0,14	0,15	BMF; eigene Schätzung
Einnahmen (Bundesanteil)				
Bundes- und Gemeinschaftssteuern (ohne KSt und GewStUmlage)	32,62	32,56	32,50	BMF; eigene Schätzung
KsT und GewStUmlage	1,30	1,46	1,77	BMF; eigene Schätzung
Nettotransfers				
Bund	20,48	24,51	29,69	
Länder (West)	15,30	15,06	14,85	
Sozialversicherungen	30,00	27,24	24,99	
Zusammen Nettotransfers	65,78	66,80	69,54	
Bruttotransfers *	99,7	100,8	103,8	
<i>Nachrichtlich: in % der Bruttotransfers</i>				
Wirtschaftsförderung	7,8	7,5	7,2	
Infrastrukturausbau	10,6	7,0	10,1	
Sozialleistungen	54,2	55,3	53,6	
Ungebundene Leistungen	24,3	27,1	26,1	
Sonstiges	6,1	6,1	6,0	
Zusammen	100,0	100,0	100,0	

* Ohne EU-Zuweisungen

Literaturauswahl:

Bach/Vesper, „Finanzpolitik und Wiedervereinigung – Bilanz nach 10 Jahren“, DIW-Vierteljahresheft 2/2000, S. 194 ff.

Busch, Ulrich, „Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft“, trafo –Verlag 2002

Busch/Schneider, „West-Ost-Transfers“ viel Konsum, wenig Wachstum“, in: „UTOPIEKreativ“, Mai 2001

IWH, „Simulationsrechnung usw. zu den Transferleistungen.“, Sonderheft 2/2000

IWH, J. Ragnitz, „Solidarpakt II: Die ostdeutschen Länder in der Verantwortung“, WiW 10/2001

IWH, J. Ragnitz, „Wie hoch sind die Transferleistungen für die neuen Länder?“, Pressemitteilung 21/2003

IWH, J. Ragnitz, „Transferleistungen für die neuen Bundesländer – eine Begriffsbestimmung“, WiW 9-10/2004

IWH, Studie „Transferleistungen und Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland“ April 2005, Pressemitteilung 20/2005

Mai, Karl, „Zur Staatsverschuldung infolge der deutschen Einheit“, Sept. 2002, in: www.memo.uni-bremen.de/docs/m32002.pdf

Mai, Karl, „Zehrt Ostdeutschland die westdeutsche Wirtschaftskraft aus?“ in: „Kritischer Rückblick auf 13 Jahre Vereinigungsökonomie usw., **Anhang**“ in: Helmut Meier (Hrsg.) „Uneinige Einheit“, trafo –Verlag 2005, GWF-Reihe Band 32, S. 87 ff.

Steinitz, Klaus, „Ist die Sparpolitik der Bundesregierung ... alternativlos?“ in: AG Perspektiven für Ostdeutschland (Hrsg.) „Ostdeutschland – eine abgehängte Region?“, Junius Verlag 2001 S. 139 ff.

¹ Wolfgang Herles, „Wir sind kein Volk. Eine Polemik“, Piper 2004, S. 65

² a) IWH, WiW 9-10/2004, S. 288 ff.;

b) IWH, Pressedienst 20-05L.pdf

³ Siehe auch: AG-„Alternative Wirtschaftspolitik“, „Memorandum 2005“, PapyRossa, S. 185

⁴ Hierzu verweise ich auf meine Darstellung in: AG Perspektiven für Ostdeutschland (Hrsg.) „Ostdeutschland – eine abgehängte Region“, S. 204 ff.

⁵ Siehe auch: IWH WiW 9-10/2004, S. 289

⁶ Diese Aufteilung zwischen investiven und konsumtiven Netto-Transfers wird vom IWH wie folgt für das Jahr 2003 bestätigt: konsumtiv 62,8 % und investiv 37,2 %. (Endnote 1b)

⁷ Ulrich Busch, „Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft“, trafoVerlag Berlin 2002, S. 164

⁸ Busch/Schneider, in: „Utopie kreativ“, Mai 2001, S. 418/ 419

⁹ Nach offiziellen Angaben gingen die Investitionen im Produzierenden Gewerbe zwischen 1995 und 2003 auf 67 % zurück, im Dienstleistungsbereich auf 63 %. (BMA, Wirtschaftsdaten Neue Länder, Stand Januar 2005, S. 21)

¹⁰ Steingart, Gabor, „Deutschland. Der Abstieg eines Superstars“, München 2004, 8. Auflage, S. 234, 241

¹¹ DIW, Vierteljahresheft 2/2000, S. 202

¹² Beispielrechnung für 1995 wie folgt: Westdeutsches BIP 1.573,1 Mrd. Euro, darin Wachstumsgewinn 6,5 % und bei einer Abgabenquote von 41,2 %, ergibt 42,1 Mrd. Euro Mehreinnahmen im öffentlichen Haushalt.

¹³ Nach Angaben bei Ulrich Busch, „Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft“, trafo Verlag Berlin 2002, S. 345, Fußnote 202

¹⁴ IWH, „Wirtschaft im Wandel“, 13/1996, S. 2

¹⁵ Vergl. hierzu: Ulrich Busch, „Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft“, trafo Verlag Berlin 2002, S. 350; 345 mit Fußnote 202

¹⁶ DIW, Vierteljahresheft 2/2000, S. 202

¹⁷ Tatsächlich ist auch der absolute Zuwachs des Volkseinkommens zwischen 1999 und 2003 mit durchschnittlich 26,1 Mrd. Euro weitaus geringer als der Nettotransfer von gegenwärtig ca. 80 Mrd. Euro für 2003.

¹⁸ Busch, Ulrich, „Am Tropf“, S. 255; siehe auch: Karl Mai, „Zur Staatsverschuldung infolge der Einigung“, Manuskript, Internetfassung www.memo.uni-bremen.de/docs/m32002.pdf

¹⁹ siehe: Fußnote 20

²⁰ Bundesbankbericht, a. a. O., S 47

²¹ Steinitz, Klaus, „Aufschwung Ost?“, Pankower Vorträge, Heft 13, S. 46

²² IWH, WiW 3/2005, S. 81

²³ Siehe auch die erste Stellungnahme der Memo-Gruppe zum Entwurf des Dohnanyi-Papiers vom April d. J. unter www.memo.uni-bremen.de/sonstige/m1904

²⁴ IWH, „Wirtschaft im Wandel“, 8/2004, S. 235, Tabelle A2

²⁵ IWH Sonderheft 2/2000, S. 55

²⁶ IWH, Pressemitteilung 21-03, S. 3

²⁷ Wolfgang Thierse, „Zukunft Ost“, Rowohlt Berlin 2001, S. 98

²⁸ Uwe Müller, „Supergau Deutsche Einheit“, rowohlt 2005, S. 238

²⁹ Uwe Müller, „Supergau Deutsche Einheit“, rowohlt 2005, S. 220